

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib
Tageblatt Riesa,
Fremd Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Coblenz, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1550.
Circulanz:
Riesa Nr. 52.

Nr. 98.

Dienstag, 28. April 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. **Beste Tarife** für die 89 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. **Beste Tarife** für die 89 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. **Beste Tarife** für die 89 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag.

Reparations-Gespräche.

In den letzten Tagen mehrten sich auffallend die Stimmen, die eine sofortige und gründliche Revision des Youngplans und des Haager Abkommens vom vorletzten Jahre verlangen. Reichsjustizminister a. D. Dr. Emmerich eroberte keine Stimme in Lindau am Bodensee, Reichsfinanzminister a. D. Peter Reinhold meldete sich in einem Zeitungsartikel der „Vossischen Zeitung“ zu Wort und der gegenwärtige Reichsfinanzminister am Sonntag auf einer Kundgebung des Berliner Kartells des selbständigen Mittelstandes gleichfalls die Revision des Youngplans. Waren sich alle drei Vorkämpfer im Ziele einig, so zeigten doch ihre Ausführungen im einzelnen beachtenswerte Nuancen.

Es ist dankenswert, daß der frühere Reichsjustizminister Dr. Emmerich die Revisionsfrage von der rechtlichen Seite aus betrachtete und in aller Form die Gründe auseinandersetzte, die das Deutsche Reich berechtigen, gerade jetzt die Revisionsfrage aufzuwerfen. Die V.V., die Bank für Internationale Zahlungen, die sachungsgemäß die Aufgabe hat, dem kapitalarmen Deutschen Reich kreditpolitisch zu helfen, hat bis zur Stunde vollkommen verfehlt. Radezu alle Länder, deren Staatshäupter wissen, daß das Deutsche Reich keine Reparationsverpflichtungen nur erfüllen kann, wenn es sie mit seinem Ausfuhrüberschuss zu bezahlen vermag, haben sich, die Vereinigten Staaten Nordamerikas allen voran, mit hohen Hollmässern umgeben, so daß die Ausfuhr deutscher Waren heute schwieriger ist als je. An dritter Stelle ist jetzt die Zeit gekommen, in der die soziale Klausel des Youngplans freizubekommen wird, nach der wir zu Zahlungen nur verpflichtet sind, wenn dadurch die Aufrechterhaltung unseres eigenen sozialen Lebensstandards ernsthafte nicht gefährdet ist. Fernerhin muß die Veränderung des Goldwertes und die dadurch völlig neu geschaffene Reparationspolitische Lage als durchschlagender Revisionsgrund betrachtet und international anerkannt werden. Schließlich steht uns zwar nicht juristisch und wirtschaftlich aber tatsächlich die Klausel des so genannten Wiederverkaufs als hilfreich zur Seite.

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Peter Reinhold erklärt in der Neuregelung der Reparationen die Prüfung der ganzen Finanzreform, mit der sich das Reichskabinet seit Monaten befaßt und die auch in den nächsten Monaten noch im Wirtelstand der Regierungspolitik Dr. Brüning's stehen wird. Nach Reinhold stellt sich immer klarer heraus, daß der Wirtschaftstand in den letzten Monaten niemals kühnere werden wird und daß das Provisorium von 1929 nicht mehr länger aufrechterhalten werden kann. Deshalb läßt sich trotz aller Schwierigkeiten unserer außenpolitischen Lage die Rekonstruktion der Reparationsfrage nicht mehr hinauschieben. Niemals, so scheint uns, hat Deutschland ein besseres Recht gehabt als solcher Vertragpartner von den Schuldkartellen des Youngplans Gebrauch zu machen, als in diesem Augenblick, wo infolge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf unser Land auch die heroischen Anstrengungen dieses Winters nicht genügen, um unsere Finanzen einschließlich der auf die Dauer untragbaren Reparationsverpflichtungen in Ordnung zu bringen.

Wesentlich zurückhaltender sprach sich der Reichsminister im Amte, Reichsfinanzminister Dietrich, vor dem Berliner Kartell des selbständigen Mittelstandes aus. Minister Dietrich verbreitete sich eingehend über das Problem der Kapitalabfuhr, den Abbau der Bauwirtschaft, die Lage der Reichsfinanzen, die Ausbalancierung des Reichshaushalts und erklärte offen, daß alle diese Fragen im Zusammenhang mit dem großen Problem betrachtet werden müssen, das Reparationsfrage heißt. Auch die Reichsregierung beschäftigt sich, was kein Geheimnis ist, seit Monaten mit der Frage, wie der Revisionsgedanke aktiviert werden könnte. Man ist sich in Berlin etwas, daß ein langer und zäher Revisionskampf durchzuführen werden muß, doch hat die verantwortliche Reichsregierung die Revisionsfrage bis zur Stunde formell noch nicht aufgeworfen. Nach den wiederholten Erklärungen des Kanzlers und des Reichsaußenministers haben sich die verantwortlichen Staatsmänner, die gegenüber dem Staatsruder sitzen, vielmehr ausdrücklich vorbehalten, den Zeitpunkt der beginnenden Aktivität selbst zu bestimmen. Rein Deutsch, der die wirklichen Verhältnisse kennt, und sich keiner Pflichten gegenüber der Allgemeinheit bewusst ist, wird dagegen etwas einzuwenden haben. Es gibt keine Meinungsverschiedenheit darüber, in welcher politischen Vorklage man bei uns auch hinsehen mag, daß Deutschland durchschlagende Gründe und ein einwandfreies Recht auf eine gründliche Revision der Haager Abkommen besitzt. Schade nur, daß es nicht auf uns allein, auf uns, die Schuldner, ankommt, sondern daß auch die anderen, die Gläubiger, dabei ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben.

Gerade der Hauptkämpfer befindet sich aber gegenwärtig in einer Geistesverfassung, die der Revision des Youngplans keineswegs gewogen ist. Obwohl die nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen erst im Herbst des nächsten Jahres stattfinden, so hat doch heute schon die Wahlschuld das ganze amerikanische Volk erfüllt. Keine der beiden großen Parteien in den USA, weder die herrschenden Republikaner, noch die zur Macht strebenden Demokraten, verfährt die geringste Luft, das Odium des Verwehrens auf die Reparationseingänge auf sich zu nehmen. Hier sich einmal ruhig überlegt, daß der Staatshaushalt

Explosion bei der Sacharinfabrik Fahlberg, List & Co. 8 Tote, einige Verletzte.

Magdeburg, (Funkspruch.) Heute morgen ereignete sich aus noch nicht geklärter Ursache bei der Sacharinfabrik Fahlberg, List & Co. in Magdeburg-Ost eine schwere Explosion, die ein Großfeuer zur Folge hatte. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen 8 Arbeiter sofort getötet und mehrere verletzt worden sein. Die Schwerverletzten wurden ins Subenburger Krankenhaus eingeliefert. An ihrem Auskommen wird gearbeitet.

Magdeburg, (Funkspruch.) Bei dem bereits gemeldeten Explosionsunglück in der Sacharinfabrik handelt es sich um eine Explosion in der Abteilung zur Herstellung von

Gießpatronen für die Vertikung von Feldmähen. Die Zahl der Toten beträgt acht, und zwar handelt es sich um einen Arbeiter und sieben Arbeiterinnen. Schwerverletzt wurden zwei, leichter verletzt drei Personen. Unter den Verletzten befindet sich auch der Meister der Abteilung. Im ersten Augenblick der Katastrophe befiel die man eine größere Ausdehnung. Schreckensszenen spielten sich an der Unglücksstelle ab. Die Gefahr eines Weiterbreitens des Feuers scheint indessen beseitigt zu sein. Die Feuerwehr ist mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt.

Der englische Staatshaushalt verzeichnet Ueberschuß.

* London. Im Unterhaus hielt am Montag nachmittag Schofflanzer Snowden seine mit Spannung erwartete Haushaltsrede. Er erklärte einleitend, daß er von dem üblichen Rückblick über das vergangene Finanzjahr abstehe, statt dessen sei eine Druckschrift ausgearbeitet, die den Abgeordneten ausgestellt werde.

Obwohl die wirtschaftliche Depression im Vorjahre ohne Beispiel dahingab, sei es gelungen, die nationale Schuld wesentlich zu vermindern. Es seien 180 Millionen Mark aus der deutschen Mobilisierungsanleihe eingebracht, so daß in unerwarteter Weise 52 1/2 Millionen Pfund der Schuld amortisiert werden konnten.

Der Schofflanzer veranschlagte die kommenden Einnahmen aus den Zöllen und der Akzise auf 238 Millionen Pfund (245 Millionen Pfund im Vorjahre), und die Gesamteinnahmen auf 788 Millionen Pfund (775,9 Millionen im Vorjahre). Da die Ausgaben ausschließlich der sich selbst erhaltenden Dienstwege, wie Post- und Straßenbaufonds, sich auf 808,986 Pfund belaufen, so entstände ein Defizit von 37 Millionen Pfund. Um die erhöhten Anforderungen für den Automobilstrassenbau zu bestreiten, werde eine Steuer auf Motorräder von 100 Kubikzentimeter Zylinderinhalt eingeführt. Der Schofflanzer lehnte die Idee eines fiskalischen Sozialismus ab. Diese Methode sei veraltet und bedeute einen unmittelbaren Angriff auf die Löhne. Er werde sich einem solchen Vorschlag niemals anschließen.

33 Millionen Pfund, die während des Krieges aus Zahlungsrückständen in Amerika hinterlegt gewesen seien, würden jetzt auf das englische Kreditkonto bei der B.S. überwiefen. Von dieser Summe würde er 20 Millionen

Pfund abheben und so den Reibetrag von 37 Millionen auf rund 17 Millionen Pfund vermindern. Eine Erhöhung der Einkommensteuer sei nicht geplant, zumal es zweifelhaft sei, ob sich aus ihr bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage eine Mehreinnahme ergebe. Gewisse Vergünstigungen bei der Besteuerung des Landbesitzes, der Geschäftseinnahmen und Gehälter würden aufgehoben werden. Diese Gruppen hätten dann ab 1. Januar 75 v. H. statt 50 v. H. der Gesamteinnahmen zu zahlen, so daß sich die Einnahmen um 10 Millionen Pfund erhöhen. Eine Erhöhung des Zolles auf Automotobilbenzin ab 28. April von 4 Pennn auf 6 Pennn für 4 1/2 Liter würde weitere 7 1/2 Millionen Pfund einbringen, wodurch der Reibetrag gedeckt und ein kleiner Ueberschuß von 184 000 Pfund übrig bleiben würde.

Im zweiten Teil seiner Rede lehrte Snowden die Reform der Bewertung des Grund- und Landbesitzes für Steuerzwecke auseinander. Er bat die Abgeordneten, die zu erwarrenden Vorschläge des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Das gegenwärtige Steuerverfahren habe jedem sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt im Wege und lege der Industrie vernichtende Lasten auf. Infolgedessen würde ein neues System zur Bewertung des Grund- und Landbesitzes eingeführt. Es würden dann etwa 2 Jahre von der Inkraftsetzung des Gesetzes ab gerechnet dauern, bis die neue Veranschlagung fertiggestellt sei. Die Steuer solle sich etwa auf 1 Penny für das Pfund des kapitalisierten Wertes belaufen.

Snowden wurde am Schluß seiner Ausführungen lauter Beifall gesendet.

Drewitz wieder Führer der Wirtschaftspartei.

... von Hannover. Die geschlossenen Beratungen der Wirtschaftspartei am 24. April in Hannover, die als Hauptpunkt den bekannten Gegenstand **Drewitz-Kolossal** zum Gegenstand hatten, ergaben bis in die letzten Abendstunden hin. Nach einer längeren Debatte über den Vorstand der Partei, die den Stand seines Prozesses sprachen mehrere Führer der Opposition, so u. a. Hornebeck, Weier-Dresden und Dr. Rohde. Die Opposition brachte dabei zum Ausdruck, daß in sachlicher Beziehung keine Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und der Mehrheit beständen, und sie auch gar keinen Wert darauf lege, als Opposition in dem einstweiligen Sinne des Wortes behandelt zu werden. Vielmehr sei ihre Stellungnahme nur von dem Wunsch diktiert, daß der jetzige Parteivorstand, solange ein gerichtliches Verfahren gegen ihn schwebt, im Interesse der Partei den Vorsitz niederlege. Gegenwärtige Erklärungen, im Falle der Nichterfüllung ihrer Forderungen aus der Partei auszutreten, hat die Opposition, wie wir aus Kreisen der Wirtschaftspartei hören, nicht fallen lassen, die bisherigen Erklärungen der Partei erfahren insofern eine Änderung, als in Zukunft der engere Vorstand aus neun Mitgliedern besteht, von denen drei Berlin angehören müssen. Dann kommt der erweiterte Vorstand, der sich aus Vertretern der Wahlkreise wählt und aus den Vorständen der Reichs- und Landtagsfraktionen zusammensetzt.

Die Wahl des ersten Vorsitzenden der Partei ergab die Wiederwahl des Abg. Drewitz mit 731 von 1001 abgegebenen Stimmen. Mit Rein Kimmten 258 Vertreter, ungültig waren 12 Stimmen.

Nach der Wahl des Parteivorstandes Drewitz gab der Führer der sächsischen Wahlkreise, Abgeordneter Kaiser, eine Erklärung ab, in der er den Parteivorständen Drewitz bat, im Interesse der Partei solange von der Ausübung des

Vorsitzes Abstand zu nehmen, bis die gerichtliche Klärung der gegen Drewitz erhobenen Vorwürfe erfolgt sei. Namens der Wahlkreise, die für Drewitz gekümmert hatten, gab ein Vertreter eine Gegenklärung ab, in der der Parteivorstand Drewitz auf das dringendste ersucht wurde, im Interesse der Partei und mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage den Vorsitz sofort anzutreten. Drewitz kam dieser Aufforderung nach. Der Reichstagsabgeordnete Sachjenberg ersuchte die sächsischen Wahlkreise, ihre Forderungen zurückzuziehen. Die zur Opposition gehörenden Wahlkreise zogen sich darauf zu einer Beratung zurück, während der Parteitag seine sachlichen Arbeiten fortsetzte. Später wurde eine Mitteilung der Opposition bekanntgegeben, wonach diese erklärte, nicht mehr zum Parteitag zurückzukehren, daß ihr Ausbleiben aber unter keinen Umständen als Opposition gegen Parteitag, Parteivorstand oder überhaupt gegen die Partei aufzufassen sei. Sie werde vielmehr an der Parteiarbeit teilnehmen, ebenso auch an den etwaigen Veranstaltungen der Partei.

Rachdem der Parteitag den Kassenerbericht des Vorstandes entgegengenommen und dem Gesamtvorstand einstimmig Entlastung erteilt hatte, nahm er die weitere Vorstandswahl vor. Es wurden gewählt Professor Dr. Drewitz und Reichstagsabgeordneter Francois-Ragdeburg zu stellvertretenden Vorsitzenden, Reichstagsabg. Caljamer, der schon vor Jahren einmal dem Parteivorstand angehört, zum ersten Schriftführer. Zweiter Schriftführer wurde der sächsische Landtagsabgeordnete Kramke, erster Schatzmeister durch einstimmige Wiederwahl der bisherige Inhaber dieses Postens Stadtkammern Müller-Berlin-Charlottenburg. Außerdem wurde zum Kassier der Berliner Reichstagsabgeordnete Schreiber gewählt, während ein weiterer Beisitzerposten für die sächsischen Wahlkreise offen gelassen wurde.

Der Parteivorstand Drewitz hielt das Schlusswort.

der Vereinigten Staaten mit einem Fehlbetrag von 700 Millionen Dollar oder 2,8 Milliarden Mark, — er ist doppelt so groß als der deutsche! — abschließt, und daß die amerikanische Regierung nicht den Mut hat, dieses Defizit durch neue Steuern oder durch gewaltige Abstriche an

Haushalt zu beseitigen, sondern durch Anleihen auf die lange Bank schiebt, der weiß, daß die führenden Staats- und Finanzpolitiker von U.S.A. in diesen Monaten von einer Revision des Youngplans bedenklich und bedauerlich wenig wissen wollen.

4. 31
55
18
80
68
102
112
105
131
18
60

Reichs-
Bank-
ich ein-
Markt
linge-
rück-
Unter-
gehend
Renten-
nachdem
durch
Abbuch-
mäßige
Wegfall
kurie,
sowie
dem
nach
worden
Ende
durch
Werte
berührt
gleich
daß die
Prozent
vor der
Jahres-
tag mit
eine
über
blieben
der Be-
tabelle,
l. Juli
en lau-
rücklich
ell, so
Ablesen
erfol-
erschei-
lungs-
zu den
logar
nd.